



II-195

der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Zahl 15.552-PräsB/71

Neuregelung der Bezüge des Kaderpersonals  
des Bundesheeres;Anfrage der Abgeordneten REGENSBURGER, HUBER  
und Genossen an den Bundesminister für Landes-  
verteidigung, Nr. 71/J

18 /A.B.  
zu 71 /J.  
Präs. am 27. Dez. 1971

An die

Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament

1010 W i e n

In Beantwortung der in der Sitzung des Nationalrates am 7. Dezember 1971 seitens der Abgeordneten REGENSBURGER, HUBER und Genossen überreichten, an mich gerichteten Anfrage Nr. 71/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Im Bundesgesetz vom 15. Juli 1971, BGBl. Nr. 272, mit dem wehrrechtliche Bestimmungen neuerlich geändert werden, wurde unter anderem auch eine Besoldungsregelung für Wehrpflichtige, die einen freiwillig verlängerten Grundwehrdienst leisten, getroffen. In dieser Regelung wurden für die erwähnten Wehrpflichtigen verhältnismäßig hohe Barbezüge vorgesehen, um dem Mangel an längerdienenden Soldaten durch finanzielle Anreize entgegenzuwirken. Daraus ergab sich aber zwischen diesem Personenkreis und dem aktiven Kaderpersonal (zeitverpflichtete Soldaten, Beamte und Vertragsbedienstete in Unteroffiziersfunktion,

Berufsoffiziere) eine Bezugsdiskrepanz. Um diese Bezugsdiskrepanz so rasch wie möglich auszugleichen, habe ich noch vor dem Inkrafttreten der zitierten "Wehrrechtsnovelle 1971" die zuständigen Stellen des Bundesministeriums für Landesverteidigung beauftragt, entsprechende Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

Da es zur Lösung der gegenständlichen Frage legislativer Maßnahmen im Bereiche des Dienst- und Besoldungsrechtes bedarf, wurden die vom Bundesministerium für Landesverteidigung erarbeiteten Vorschläge unverzüglich dem für diesen Bereich federführend zuständigen Bundeskanzleramt sowie dem Zentrallausschuß beim Bundesministerium für Landesverteidigung und der Bundessektion Landesverteidigung der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten zugeleitet.

Das Bundeskanzleramt hat ebenfalls unverzüglich die Verhandlungen mit der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten aufgenommen. Nach dem gegenwärtigen Stand dieser Verhandlungen wäre die angestrebte Neuregelung der Bezüge des Kaderpersonals im Wege einer Novellierung des Gehaltsgesetzes 1956 und des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 zu treffen.

Es ist zu erwarten, daß die diesbezüglichen Verhandlungen in nächster Zeit abgeschlossen werden und eine entsprechende Regierungsvorlage dem Nationalrat zugeleitet werden kann.

23. Dezember 1971

